

zung die Erklärung für die Ursache einer etwaigen gänzlichen Räumung Albaniens zu erleichtern.

Bern, 1. März. (B. V. Nichtamtlich.) Das römische Amtsblatt veröffentlicht ein Dekret, durch welches der Staat des Kriegsministeriums für 1915/16 um 200 Millionen erhöht wird.

Budgetberatung in der Duma.

Petersburg, 29. Febr. (B. V. Nichtamtlich.) Bei der Budgetberatung in der Duma stellte der Berichterstatter fest, daß sich die im Budget ausgewiesenen ordentlichen Einnahmen auf 3 022 049 318 Rubel und die ordentlichen Ausgaben auf 3 232 463 678 Rubel stellen, sodaß die ordentlichen Ausgaben die Einnahmen um 210 414 360 Rubel übersteigen. Die im Budget aufgeführten Ausgaben bilden so führte der Berichterstatter aus, nur einen Teil der gesamten Ausgaben, da die auf Weisung der obersten Staatsverwaltung angewiesenen Kriegsausgaben zwei- bis dreimal die ordentlichen Ausgaben übersteigen können. Der Berichterstatter legte die wichtigsten Verminderungen der Einnahmen dar, die gegen die Schätzungen eingetreten sind. Die Einnahmen aus Gefällen sind im Budget für 1916 nur mit 9 Millionen gegen 680 Millionen im Jahre 1914 aufgeführt. Das Arbeitsergebnis der Budgetkommission bildet die Vermehrung der Gesamtsumme der Einnahmen um 109 Millionen Rubel und die Vermehrung der Kreditoperationen. Die außerordentlichen Kriegsausgaben weisen folgende Ziffern auf: 8 Milliarden Rubel für 1915, und wenn der Krieg das ganze Jahr noch dauert, 11 Milliarden Rubel im Jahre 1916. Alle diese Ausgaben können nur mit Hilfe von Kreditoperationen geleistet werden. Der Berichterstatter legte weiter dar, daß sich die Anbahnung um 2 600 000 Dekajinnen vermindert habe, aber dank der guten Ernte sei diese Verminderung nicht fühlbar geworden. Die Einschränkung der industriellen Tätigkeit wurde vollständig durch die Preiserhöhungen und Anforderungen für die Armee ausgeglichen. Der Zufluß von Geld in das Land habe sich in der Vermehrung der Einnahmen gezeigt. Die Vermehrung dabei die bisher ohne Beispiel dastehende Summe von 800 Millionen Rubel erreicht. Die Kommission halte es für unumgänglich notwendig, von jetzt ab die Frage einer Vereinheitlichung aller Seiten des politischen Lebens Russlands aufzuwerfen, sowie in der Ueber einstimmung der Maßnahmen auf den Gebieten der auswärtigen und inneren Politik, der Finanzen, des Handels und der Volkswirtschaft. Man beginne die Erörterung der Frage vorzubereiten, wie die zukünftige Entwicklung der Unabhängigkeit Russlands, sowie seine schnelle Wiedergeburt nach dem schweren Kriege erfolgreich zu gestalten seien.

Der Finanzminister erklärt, daß die Ausgaben die Einnahmen schätzungsweise um 377 Millionen übersteigen werden. Der Minister hofft, die neuen Einnahmequellen, die durch den Kriegszustand geschaffen worden seien, würden mehr als 500 Millionen ergeben. Was die Steuerpläne anlangt, sei es wünschenswert, den Staatshaushalt an den Vorkriegsstand zu bringen, die sich aus den Unternehmungen der Kriegsindustrie ergeben, teilnehmen zu lassen. Im Hinblick auf die außerordentlichen Vermehrung der Ausgaben in den ersten Jahren nach dem Kriege, werde man für eine Deckung der bedeutenden Fehlbeträge Sorge tragen müssen. Die Mittel, das Gleichgewicht des Staatshaushalts wieder herzustellen, seien erstens strengste Sparmaßnahmen und zweitens die Entwicklung der schaffenden Kräfte des Landes. Dieser zweite Weg erfordert, daß nur solche Steuern ins Auge gefaßt werden, die die wirtschaftlichen Quellen der Bevölkerung nicht verstopfen. Es sei notwendig, der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Nation eine freie Entfaltung zu sichern und die Mittel zur Fortführung des Krieges ausfindig zu machen. Die täglich in Kriegsausgaben betragen zu Anfang des Jahres 10 und sind nun auf 31 Millionen gestiegen. Die Gesamtheit dieser Ausgaben wird 1916 etwa 12 Milliarden erreichen. Um sie zu decken, ist es notwendig, den allgemeinen Kredit in Anspruch zu nehmen. Bis her haben die Kreditoperationen auf dem inneren Markt 4 1/2 Milliarden ergeben. Die Notwendigkeiten des Krieges bringen eine kräftige Ausgabe von Papiergeld mit sich. Diese vermehrte Ausgabe verpflichtet

zu äußerster Vorsicht. Der Minister erklärte, daß die Ausgabe einer neuen inneren Anleihe von 2 Milliarden vorbereitet werde und sagte, er sei des Erfolges um so sicherer, als die Vertreter des Volkes nun von der Tribüne der Duma her einen Aufruf zu der Bevölkerung richten und sie ermahnen können, den Staat im Kampfe gegen den Feind zu unterstützen. (Beifall.)

(Damit ist also gesagt, welches der eigentliche Grund der endlichen Einberufung der Duma ist: die Regierung braucht Geld, das sie ohne die Duma nicht erlangen kann.)

Russischer Bericht von Erzerum.

Im Tagesbericht vom 29. Februar sagt der russische Generalstab: Der türkische Generalstabsbericht vom 21. Februar behauptet, daß sich der Rückzug der türkischen Armee und Erzerum in die westlich gelegenen Stellungen ohne Verluste vollzogen habe, daß die Türken nur 50 alte Geschütze, die nicht mitgenommen werden konnten, in der Festung ließen. Gleichzeitig dementiert das türkische Hauptquartier die Berichte, daß wir bei der Einnahme von Erzerum 80 000 Gefangene gemacht und 1000 Geschütze erbeutet haben. Derselbe türkische Generalstabsbericht betont, daß Erzerum keine richtige Festung, sondern nur eine gewöhnliche offene Stadt sei, deren Befestigungen jedes militärischen Wertes entbehren. Angehts dieser Versicherungen hat die oberste Seeresleitung festgestellt, daß Erzerum der bestbefestigte Platz in Türkisch-Medien ist, in dem sich die große Straße nach Westen von Armenien und Anatolien und überhaupt alle besseren Straßen vom türkischen Transkaukasien vereinigen. Der Ausbau der Festung wurde im Laufe der Jahre von den Türken mit deutscher Beihilfe ausgebaut. In der Front an und für sich schon durch die Geländebedingungen stark, die Planken durch schwer erreichbare Berggruppen gedeckt, deren Felsen durch starke Forts gesichert werden, bildet Erzerum eine mächtige Schranke für unsere Offensive und bot die Möglichkeit einer starken Verteidigung nach Nordosten und Osten. Nach einem Angriff von fünf Tagen fiel diese Festung, die von den Türken mit großer Hartnäckigkeit verteidigt wurde. Davor zogen die Reste der festbesetzten Leichen. Die Kavalleriearmee überwand die steilen und vereisten Berge, die auch noch mit Nebel und Rauch und anderen Hindernissen überhaant waren, und stürzte die Festung nach Artillerievorbereitung. Der Angriff auf das Fort der Hauptverteidigungslinie dauerte vom 11. Februar bis einschließlich 15. Februar. Nachdem wir die Forts der linken Flanke der Hauptfestung, die sich über 40 Werst ausdehnte, eingenommen hatten, war das Schicksal der Innenforts und des linken Flügels, und danach der Forts der rechten Linie und Hauptverteidigungswerte entschieden. Nach kurzen Angriffen blieben diese Befestigungen. Die vollen türkischen Leichen lagen, in unserer Hand. Während des Angriffs auf die Stellung wurden mehrere türkische Regimenter teils vernichtet, teils mit künftigen Offizieren gefangen genommen. An der ersten Fortsstellung erbeuteten wir 197 Geschütze verschiedenen Kalibers in guten Zustande, in der inneren Verteidigungslinie der Festung erbeuteten wir wiederum 126 Geschütze. An dem Festungsbereich von Erzerum fanden wir zahlreiche Depots verschiedensten Inhalts. Die demoralisierten Seeresoldaten gehen jetzt in Unordnung nach Westen zurück. Einzelne Armeekorps zu drei Divisionen haben eine tatsächliche Gefechtsstärke von 3000 bis 5000 Gewehren und einigen Munitionswagen. Der Rest ist gefangen oder im Kampf und in Fäule umgekommen. In den letzten Vernehmungen türkischer Offiziere und Soldaten, die in dem Festungsbereich Erzerum und auf der Verfolgung gefangen genommen wurden, flohen sie einstimmig ihre Seeresfestung, die sich ganz in den Händen der Deutschen befindet, an. Diese hätten während des Angriffs auf die Festung Erzerum als erste den Festungsbereich verlassen, wodurch große Unordnung und Panik in den Reihen der schon erschütterten türkischen Truppen hervorgerufen wurde.

(Hierzu sei nur angemerkt, daß der russische amtliche Bericht vom 29. Februar die Zahl der Gefangenen bereits von 80 000 auf 12 735 reduziert. Red.)

Von der Internationale.

Der Vorstand der britischen sozialistischen Partei sandte folgendes Schreiben an das Internationale Sozialistische Bureau:

Wir erhielten Ihr Schreiben, sowie das ihm beigelegte Rundschreiben des gemeinsamen Ausschusses der sozialdemokratischen Organisationen Norwegens, Schwedens und Dänemarks, in dem die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß alle Feinde in Bewegung gesetzt würden, einen dauerhaften Frieden zu sichern, und daß das Bureau sich nunmehr bemühen würde, die verschiedenen Sektionen der Internationale zu einer Konferenz zusammenzubringen, wo die vorbereitenden Arbeiten zum Frieden ausgeführt werden könnten.

Auch die britische Sozialistische Partei wünscht, daß die Völkernationen aller Länder sich darauf vorbereiten, an den Verhandlungen für einen Frieden teilzunehmen, der den Forderungen entspricht, die aufgestellt wurden im allgemein angenommenen Programm des Kopenhagener Kongresses vom Jahre 1910 und dann in der alliierten sozialistischen Konferenz in London im Februar 1915 und der deutschen und österreichischen Konferenz in Wien im April 1915.

Die britische sozialistische Partei erklärt, daß dem Wiederzusammentritt der Internationale keine unüberwindlichen Schwierigkeiten im Wege stehen. Sie spricht die Hoffnung aus, daß der Vorstand des Internationalen Sozialistischen Bureau's Vorschläge ergreifen wird, die Vertreter der verschiedenen nationalen Sektionen zusammenzubringen, um mit vereinten Kräften und zu gleichem Zeitpunkt Anstrengungen zu machen, die Resolutionen der internationalen sozialistischen Kongresse in die Tat umzusetzen.

Die L. K. erhielt von einem Schweizer Genossen eine Schilderung von einer Konferenz der Zimmerwälder, die Mitte Februar in der Schweiz tagte; sie hat beschlossen, Anfang April in Holland neu zu tagen. Ueber den Verlauf der jüngsten Konferenz heißt es: „Eine offizielle Delegation aus Italien; Genosse Anconelli aus Rumänien; ein Genosse aus Bulgarien; ein Delegierter einer skandinavischen Jugendorganisation; und ebenso wie zur Zimmerwälder Konferenz eine — nach den Umständen — sehr zahlreiche russische Delegation; die bolschewistische Fraktion (die als Zentralkomitee der russischen Sozialdemokratie nennt), vertreten durch G. Zinowjew; internationalistische Arbeiter der ausländischen Vertretung des Zentralkomitees der russischen sozialrevolutionären Partei, Genosse Bobrow; Auslandssekretariat des russischen sozialdemokratischen Zentralkomitees, Genosse L. K. K. K.; drei polnisch-russische „Vertreter“, darunter Herr Sobelschew-Barabellum. Die holländische Genossin Roland-Delft, die zur Konferenz erwartet wurde, war nicht gekommen; aus England und Frankreich war auch niemand da. Die deutsche Opposition war vertreten; wir wollen es aber den betreffenden Gruppen selbst überlassen, über ihre Beteiligung an der Konferenz zu berichten. Eins nur möchten wir der Parteipresse mitteilen: Schon jetzt vorantreiben. Mit einem Rand der „Internationalen Sozialistischen Deutschlands“ meldete sich zur Konferenz — der russische Partei-führer Lenin. ... Die Vertretung dieser Partei scheint am äußersten beschränkten geistigen Anlagekapital zu leiden. Durch das Leninische Mandat hat sie sich diesmal auch in Bern lächerlich gemacht — und das will schon etwas bedeuten! Auch einem Genossen machte es einleuchten, daß diese privaten internationalen Zusammenkünfte — wenn überhaupt — doch nur den einen Sinn haben können: einander zu informieren. Wie aber kann eine Verständigung herbeigeführt, eine gemeinsame Tätigkeit angebahnt werden — ohne Kenntnis der Lage der betreffenden Länder und Parteien? Was könnte nun den ausländischen Genossen der russische Emigrant Lenin über Deutschland erzählen? Er ist einer der engpässigen Vertreter der russischen Flüchtlingspolitik.

Die Genossen, möchte man auch in Bern einsehen, daß ein derartiges Mandat nichts weniger als lächerlich ist, und es wurde daher unter festem Widerspruch Sobelschew's abgelehnt.

Das Interessanteste an der Sitzung waren die Situationsberichte, insbesondere der aus Italien, der beweist, daß die italienische Partei vollständig für den Frieden eintritt; allerdings soll der Krieg in allen Schichten des italienischen Volkes außerst unpopulär geworden sein. Auf Entgegennahme eines Berichts aus England mußte die Konferenz verzichten. Wohl ist die dies aber letzten Danks; denn die russischen und russisch-polnischen Delegierten kamen nicht aus dem Lande, das sie vertreten wollen, sondern aus der Schweiz selbst. Die Situationsberichte sollen in kurzem im Druck erscheinen; wir wollen daher zunächst auf diese nicht näher eingehen.

Im allgemeinen bedeutet die Konferenz einen Schritt nach rechts. Wenigstens fand das Bestreben gewisser Elemente (Matien u. a.), sich als Bureau der dritten Internationale zu konstituieren. Dies folgt vor allem aus einem Beschluß in Bezug auf die Konferenz, die nach Holland auf Anfang April einberufen wird, einem Beschluß, der aber zunächst nicht öffentlich zu erörtern ist.

Ueber die inneren Zustände in der französischen Partei.

machte Gustav Herbs allerlei interessante Enthüllungen in einem Artikel der „Victoire“ vom 22. Februar, der überschrieben ist: „Besiegte Seelen“. Alle Regimenter seines Heeres gleich er gegen die Vorgesetzten, von denen er behauptet, daß sie nicht nur die Ägide der Menschlichkeit, sondern auch die sozialistische Partei mit ihren „weinerlichen“ Flugzetteln überdeckten. „Die sozialistische Partei“, schreibt Herbs wörtlich, „ist im

Genilleton.

Ein Kriegsbrief für Kinder.

Die Erschütterungen des Weltkrieges haben auch die Köpfe vieler Leute, die sich für Pädagogen halten und manchmal auch von anderen für solche gehalten werden, in Verwirrung gebracht und sie fühlen sich in ihrer Kriegsbegierde zu Schulreformen berufen. Da sie im Winterland mit dem Kriege nichts zu tun haben, schwärmen sie natürlich heiß für die militärische Erziehung und einige von ihnen wollen sie noch mit der Erziehung zum Hafe der feindlichen Völker ergänzen. Wirkliche Pädagogen aber warnen vor diesen Verwirrungen und besonders Förster hat in eindringlichen Worten gezeigt, daß der Weltkrieg in ganz anderer Richtung pädagogisch verwertet werden muß. Wie Förster will auch Wilhelm Börner die Jugend im Angesicht des Krieges zu tüchtigen Menschen für den Frieden erziehen und er zeigt das praktisch in einem „offenen Brief in der Kriegszeit an die deutschen Kinder.“

Börner geht in seinem Briefe von den Geldentwerten, die im Kriege vollbracht wurden, aus und ruft seinen kleinen Freunden zu: „Werdet Geldent!“ Und er zeigt ihnen, wie sie wirkliche Geldent werden können. Nicht indem sie Soldaten spielen und die mit uns im Kriege befindlichen Völker schmähen, sondern indem sie das in ihrem Kreise tun, was unsere Soldaten jetzt im Kriege vollbringen: „Ihre Gesundheit und ihr Leben den Mitmenschen und der Zukunft weihen, unentwegt dem Vaterland dienen, indem sie ihre schweren Pflichten voll und ganz erfüllen; indem sie ausdauern auf dem Posten, auf dem sie stehen und tapfer sind gegen alle Verletzungen, die an sie herantreten.“ In einer Reihe von Beispielen führt er den Kindern die verschiedenen „Geldent des Alltags“ vor und zeigt, wie die Tugenden, die im Kriege die Taten des Geldentums vollbringen, schon im Frieden erworben und geübt wurden. „Es ist ganz verfehlt“, schreibt er den Kindern, „wenn Ihr glaubt, unsere Sieger seien erst auf

den Schlachtfeldern Geldent geworden. O mein! Wer draußen im Felde ein Geldent ist, der war es schon früher. Wir waren nur so furchtig und so wenig heilförmig, daß wir das nicht bemerkt haben. Wer als Feigling ins Feld gezogen ist, kann dort nicht zum Geldent werden. Ein Geldent wird man nur im Frieden; der Krieg ist bloß eine unter tausend anderen Gelegenheiten, bei denen man zeigen kann, daß man ein Geldent ist.“ Und er zeigt dann viele andere Gelegenheiten, die sich schon im Frieden für echtes Geldent bieten. Zunächst regt er die Kinder zu folgender Erörterung an:

„Deutschland hat seit dem Jahre 1870, also durch vierundvierzig Jahre, keinen Krieg geführt. Glaubt Ihr, in dieser ganzen langen Zeit, ungefähr drei- oder viermal so lange, als Ihr lebt, hat Euer Vaterland keine Geldent gehabt? An den Kriegen haben sich in den letzten Jahrhunderten unmittelbar immer nur Männer beteiligt. Meint Ihr etwa deshalb, daß es unter den Frauen und Kindern keine Geldent gebe? Wie töricht und wie undankbar zugleich müßte der sein, der so dachte! Sowohl im Frieden wie unter den Frauen und unter den Kindern hat es zu allen Zeiten unzählige Geldent gegeben und gibt es noch heute. Und diese sind dem Vaterland mindestens ebenso notwendig, ebenso wertvoll und kostbar wie die Geldent in den Schlachten.“

Und wo sind solche Geldent zu finden? Er sagt den Kindern:

Schau nur um Euch und Ihr werdet diese Geldent in großer Zahl überall und jederzeit sehen und nicht nur unter den Männern, sondern ebenso unter Frauen und Kindern. Denkt an die Älteste und Krankenpflegerinnen, die Hospitalier und Krankenstuben müßig besuchen, wenn sie auch wissen, daß darin Menschen mit antiken Krankheiten sind; nicht wenige finden dadurch ihren Geldent. Wir wissen, daß die Schiffsmannschaft beim Sinken eines Schiffes standhaft aushält, bis alle Reisenden in Sicherheit gebracht sind, und erst dann an sich selbst denkt. Was viele erleben auch dabei den Geldent. — Die Feuerwehrmänner sehen freiwillig und müßig ihr Leben ein. — Schulkinder verfolgen mit eigener Lebensgefahr Eindringlinge und Mörder, um die Bürger von den Verbrechern zu befreien. — Ich erinnere Euch an die unzähligen Arbeiter und Arbeiterinnen in Bergwerken und Fabriken, die durch Einatmen schädlicher Gase ihre Gesundheit in höchstem Maße schädigen und so für unsere Vorkriegsmacht die größten Opfer bringen, sowie an die zahllosen unverschuldeten Anfälle von Arbeitern bei der Ausübung ihrer Pflicht. — Wenn ein Eisenbahnunglück geschieht, dann eilen wir uns über die Pflichtvergessenheit der schuldtragenden Personen.

Gewiß mit Recht. Aber wir müssen doch ebenso an die Tausende und Tausende von Jüngen denken, welche die Welt durchziehen, ohne daß etwas geschieht. Wir sehen mehr nur die Wirtschaftserziehung jener zwei oder drei Menschen; wir sollten uns aber vielmehr an die Anwesenheit von Tausenden, Selbstlosigkeit und Standhaftigkeit erinnern, die dazu gehört, um die unzähligen Jüngen in Verleumdung zu setzen. — Ihr alle freut Euch gewiß darüber, daß Ihr auf dem Frühlingsschiff Euer Brot habt; denkt dabei, daß das nur möglich ist, weil sich viele kleine Opferungen in den heißen Öfen tadellos sammeln müssen, während Ihr ruhig in Euren Betten schlafet. — Und wie viele Kinder sind schon um fünf Uhr morgens auf den Beinen, im Winter in herber Kälte, um Milch, Gebäck und Zeitungen auszuliefern! — Dann Eure Mütter! Wie viel Standhaftigkeit und Treue gebt dazu, Tag um Tag für die Familie zu sorgen, wie viele schlaflose Nächte haben sie Euren Wohlbefinden geopfert! — Und demüthert Ihr nicht die kleinen Alpendörfer, die oft hundsmalig durch Schnee und Eis zur Schule pilgern und, wie ihre Lehrer verfahren, fast nie zu spät kommen?

So führt er den Kindern noch eine Reihe Beispiele schlichten Geldentums der Standhaftigkeit und treuen Pflichterfüllung aus dem kindlichen Leben vor und fragt ihnen dann andere Reichen an, die ihnen zeigen, wie die Menschen auch Geldent der Mitleidlichkeit, Geldent der Wahrheit und Geldent der Selbstbeherrschung werden können, und mahnt: „Denkt nur wieder nach, wie oft Ihr Geldent sein könnt, daß Ihr Euch nicht gehen lasst, Euren Korn beherrscht und jede Rache und Gemeinheit unterdrückt, wenn es auch in Euch lockt und Ihr „vor Wut zerbrechen“ müßtet. Glaubt mir: es ist noch nie ein Mensch ein wirklicher Geldent geworden, der sich nicht darin geübt hat, seinen Korn hinunterzuschlucken, die Lippen zusammenzubringen und „an sich zu halten“. Mit solchen Übungen müßt Ihr früh beginnen, wer ein Geldent werden soll. Und ich möchte so gern, daß Ihr alle Geldent der Selbstbeherrschung werdet.“

Mit derselben hohen kindlichen Auffassung behandelt Börner das Verhältnis zum Feinde. Er belehrt die Kinder, daß Geldentum nicht nur in Deutschland und in Österreich-Ungarn zu Hause ist, sondern auch bei allen anderen Völkern. Auch das veranschaulicht er an Beispielen. So schreibt er: „Auch an Mitleidlichkeit denkt es den Gegnern nicht. Als zum Beispiel deutsche Pioniere in Antwerpen eine Brücke bauten, führten mehrere Soldaten in die Straße und wußten sie nicht schwingen konnten, waren sie jämmerlich entsetzt, wenn sie nicht ein Belgier gerettet hätte. Fragt man Euch also über den Gegner nur Wöses und gar nichts Gutes, dann dürft Ihr dem nicht ohne

*) „Werdet Geldent!“ Ein offener Brief in der Kriegszeit an die deutschen Kinder von Wilhelm Börner. G. D. Volkseigene Verlagsgesellschaft, Leipzig, 1915.

Begriff, für die Schlappeit ihrer Leiter zu büßen. Auf dem letzten Nationalkongress hat der Parteivorstand, statt demselben feiner moralischen Autorität die Parteigenossen, die in schamloser Weise vom Frieden sprachen, formell zu beschuldigen oder nötigenfalls aus der Partei auszuschließen, vorgeschlagen, mit ihnen zu diskutieren, zu kapitalisieren vor den Kapitulationslustigen. Dadurch ermächtigt, beginnen die blühenden Sozialisten wieder frisch-fröhlich ihre Propaganda, in der Hoffnung, daß der Parteivorstand von einer Kapitulation zur andern schreitet und schließlich einkerkelt ist, mit den deutschen Sozialisten zu verhandeln. . . .

In einer dieser Flugblätter, die ich vor mir habe, berufen sich die Verfasser hauptsächlich auf die Jüdischkeit, den Krieg fortzusetzen angesichts der Unmöglichkeit, Deutschland zu beugen. Indem sie die These der deutschen Sozialisten von der Richtung Diebstahl aufnehmen, fügen sie uns vor, daß es tatsächlich zurecht weber Sieger nach Wehre gede; daß, während die Deutschen Sieger in Europa, wie andere Sieger auf dem Meere und in den Kolonien seien, und daß infolgedessen man, ohne sich zu erechnen, verhandeln könne. . . .

Hervé sagt, der Esel übermüde ihn, wenn er bedrückt, daß er derselben Partei anhöre, wie diese Dummköpfe. Es könne ja, wie er aussehe, keine Rede davon sein, daß die Lage der kriegsführenden Parteien gleich sei. Vielmehr seien die Mittel, welche im offenen Fortell. Wenn jetzt der Friede geschlossen würde, würde für Europa, um sich vor neuen Angriffen zu schützen, während der nächsten 45 Jahre nichts übrig bleiben, als in aller Stille nichts als Maschinengewehre, 42-Zentimeter-Geschütze und Stützpunkte zu fabricieren. . . .

Im Laufe seines Artikels teilt Hervé dann noch mit, daß er infolge dieser Vorurteile dem Parteivorstand seine Demission eingereicht habe, und zwar eine motivierte Demission. Er hoffe aber trotzdem, daß es in der Partei noch Männer vom Schlage des alten Baklanit gebe. . . .

Wie froh wird man in der französischen Partei darüber sein, wenigstens diesen Witzstich los zu sein!

Eine geplagte Seifenblase.

Wieder ist einem Märchen ein gründliches Ende bereitet, das die Entente wie eine bunte Seifenblase hatte aufsteigen lassen, um die Blase ihrer Anhänger damit festzuhalten. Der holländische Minister des Aeußern gab gestern in der Kammer folgende Erklärung ab: . . .

„Ich kann mit der größten Bestimmtheit versichern, daß zwischen den Niederlanden und Deutschland kein geheimes Bündnis besteht oder jemals bestanden hat, auch kein geheimes Abkommen oder Vereinbarung, und daß auch noch nie der Versuch unternommen worden ist, Verhandlungen darüber anzuknüpfen. Am 8. August 1914 teilte der deutsche Gesandte mir mündlich im Auftrag seiner Regierung mit, daß Deutschland, wenn die Niederlande neutral bleiben, die Neutralität achten werde. Auch dem niederländischen Gesandten in Berlin wurden sehr bestimmte Erklärungen gegeben. Die Mitteilung, die von deutscher Seite England gemacht wurde, wie verhandelt an die Niederlande unter feierlichem Wort! kann sich deshalb nicht auf das Abkommen beziehen, sondern nur auf diese einseitige bestimmte feierliche Erklärung, die uns von deutscher Seite gegeben wurde. Die niederländische Regierung hat in seiner einzigen Hinsicht ihre Freiheit des Handels aufgegeben.“ . . .

Welcher schwarze Witz Deutschlands, von dem wir nichts wissen, ist nun an der Reihe, von der Entente „enthüllt“ zu werden?

Dermittliche Kriegsnachrichten.

Nachdem das Reichsgericht die Revision des Genossen Richard in Elberfeld, der wegen Herausgabe der nürnbergischen Agitationsblätter „Kriegsrufer“ zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, verworfen hat, ist auch in Offen einem Strafverfahren in dieser Sache Fortgang gegeben worden. Dem Parteiführer und vier anderen Genossen wurde die Anklageeröffnung zugestellt, wonach ihnen die Verbreitung des Kriegsrufer zur Last gelegt wird. Sie sollen dadurch gegen die Vorschriften über den Belagerungszustand und gegen § 130 Str.-G.-B. (Aufreizung zum Mord) verstoßen haben. . . .

Auf dem Warschauer Bahnhof in Petersburg besaßen Eisenbahnbeamte in den Lokomotiven des Herzogs von Oldenburg ein und hielten sämtliche Silber- und Wertgegenstände im Werte . . .

weiteren Glauben schenken. Gewiß begehen unglaubliche feindliche Soldaten sehr viel Schreckliches, Grausames und Abfchreckendes. Aber schlechte Menschen gibt es unter allen Völkern, im Frieden wie im Kriege. Und nur Schleichtes dem Feinde nachzugehen ist schließlich ungerecht. Wenn Ihr von Greueln des Feindes hört, dann müßt Ihr Euch immer fragen: Kann der Greuel das wirklich wissen; woher weiß er es denn; ist er selbst glaubwürdig; d. h. ist er nicht vielleicht wandernd durch? Besonders vor dem Mehlteufel und Aufbauschen müßt Ihr Euch in acht nehmen. Auch Ihr selbst könnt ja leicht in Versuchung kommen, manches noch schrecklicher und gruseliger weiterzuerzählen, als man es Euch berichtet hat. Seid auf der Hut davor, denn das ist unritterlich! Gutes kann man über andere unbedenklich immer weitererzählen; aber Böses nur dann, wenn man es ganz bestimmt und unbedingt sicher weiß. Wie oft spielen doch Täuschung, der Irrtum, das Mißverständnis einen gar argen Streich. Nie erzählt etwas wahres Schreckliches über den Feind nicht, als daß Ihr nur die kleinste Unwahrheit weitertraget! Seid ritterlich gegenüber dem Gegner! Und dann denkt immer: Wie viel Gutes und Schönes verdanken wir alle den Franzosen, Engländern, Italienern und Russen! . . . Das Allerhöchste, dessen ein Kind sich schuldig machen kann, ist der G. G. B. Wenn Ihr seht, daß andere unsere Feinde hassen, dann müßt Ihr Euch nicht bei! Ein großer Dichter hat das schöne Wort geschrieben: „Miß mißgelingen, mißgelingen bin ich da.“ Dieser Satz gilt für alle Menschen, besonders aber für jedes Kind. Ihr sollt Euch nur an das halten, was man lieben kann, und glaubt mir: auch unsere Feinde haben viel Liebenswertes. Verabscheut den Haß in jeder Form und — werdet Helden der Liebe! . . .

Es versteht sich, daß Vörner bei dieser richtigen Auffassung nicht zu der Arbeit gelangt, nun wegen des furchtbaren Krieges eine militärische Erziehung der Kinder zu verlangen, sondern daß er eine hohe Erziehung für den Frieden für notwendig hält. Darum belehrt er auch die Kinder: „Geldern der Standhaftigkeit, Ritterlichkeit, Wahrhaftigkeit, Selbstbeherrschung und Liebe könnt Ihr jederzeit werden und immer bleiben. Diese brauchen wir während der ganzen Friedenszeit; für Kriegshelden hat man nur im Kriege Verwendung. Das Gewöhnliche und Natürliche ist ja doch zum Glück die Zeit des Friedens, nicht die des Krieges mit seinem Elend und seinen Schrecken. Was wir brauchen, sind nicht Soldaten des Fortschritts und Fortschritts, sondern Soldaten der Arbeit und des Friedens. Der Krieg ist eine Ausnahme; deshalb muß sich jeder Mensch auf das Heldentum des Friedens vorbereiten, nicht auf das des Krieges. Der Krieg ist doch nur wegen des Friedens da und nicht der Friede wegen des Krieges!“ . . .

Es erscheinen jetzt so viele Kriegsbücher für die Jugend die jeder verständliche Vater und jede sorgsame Mutter von ihrem Kinde streng fernhalten soll. Vörners Büchlein sollen die Eltern ihren Kindern in die Hand drücken. Das sollen die Kinder lesen, nachdenken, leben. Und nicht nur die Kinder! Besonders für die Kriegspädagogen könnte das Büchlein sein. Es könnte vielleicht beitragen, sie zur Besinnung zu bringen . . .

von etwa 100 000 Mark. Die geklebten Sachen wurden später beim Bahnhofsvorstand gefunden, der den Eindruck veranlaßt zu haben scheint. . . .

Die Schweizer Obersten Gili und v. Wattenmühl wurden biographisch mit je 20 Tagen strengen Arests bestraft und zur Disposition gestellt. In Bezug auf ihre Zivilisation bleiben die genannten Offiziere gemäß Beschluß des Bundesrats als Gefangen, des Generallandstättens suspendiert. Der Bundesrat wird über ihre anderweitige Verwendung in der Militärverwaltung später Beschluß fassen. . . .

Kreuzer meldet aus Raditz: Infolge der Seelenzerung ist ein Streik ausgedroht. Alle Arbeit ruht. Die Gendarmen nahmen Verhaftungen vor. Mehrere Menschen wurden verurteilt. Die Unruhen haben einen ersten Charakter angenommen. Die Gendarmen sind machlos. Der Bürgermeister hat abgedankt. Weiter Holland wird auch von einem Streik in Valencia berichtet, an dem alle Betriebe, ausgenommen die Bäckereien, beteiligt seien. . . .

Aus Montreal in Kanada wird gemeldet: Das Depot Konsumenten der Grand-Trunk-Eisenbahn (nach einer anderen Verbindung der ganze Bahnhof) ist abgebrannt. Die Folgen vermehrt Veranlassung. Das Feuer breitete sich mit rascher Schelligkeit aus. Das Hauptgebäude wurde in weniger als einer Stunde eingeäschert. Der Schaden beträgt wahrscheinlich 300 000 Dollars. — Der Bahnhof ist wichtig für Weizenexporte. . . .

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 1. März.

Für Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden

fordert die Regierung als Staatsbeihilfe 110 Millionen Mark; die Kommission beantragt Erhöhung auf 200 Millionen. Demgemäß wird beschloffen. . . .

Aus der Debatte ist von Wichtigkeit die Rede des Abg. Reinert (Sop.). Er befragte die Ausdehnung des Kreises der Unterstufungsberechtigten und forderte weitestgehende Prüfung der Unterstufungsangelegenheiten. Schließlich sei, daß eine etwa notwendig werdende Anstaltspflege nicht mehr als Armenpflege anzusehen ist, die zu erhalten ist, sondern als Unterstufung, die der Pflanzungsbedarf zu tragen hat. Weiter seien auch in solchen Fällen Abhilfe erfolgt, ebenso für Krieger, die direkt an den Hauswirt bezahlt worden sind. Es muß demgegenüber festgestellt werden, daß die Familienunterstützungen für Dritte nicht zugestanden werden dürfen, die nicht pfändbar sind. Wenn Krieger für Krieger gemacht werden, so sollte das nur unter ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Familie geschehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Solche Abhilfe erfolgen häufig, weil ein Unterschied gemacht wird zwischen den reichsrechtlichen Kinderbefreiungen und den Zuschüssen der Gemeinden. Nach der Ansicht des Bundesrats handelt es sich aber dabei um eine einheitliche Unterstufung, wie aus seiner Verfassung hervorgeht, daß die ganze Unterstufung der Krieger weitergeführt werden muß, wenn der Kriegsleistungsberechtigten ist. Nach der neuen Bundesratsverordnung vom 21. Januar soll nun die Bedürftigkeit nicht mehr geprüft werden, wenn ein bestimmtes verheerendes Einkommen festgestellt ist. Ferner ist eine Beschränkung durch den Bundesrat eingeführt worden. Wir erwarten, daß diese Beschränkung nun nicht ebenso verschärfen, wie bisher die Regierungspräsidenten, die Verordnungen einfach an den Pflanzungsbedarf zur Erhebung zurückgegeben haben, der dann antwortet: Ihre Beschränkung ist uns zur Kenntnisnahme übergeben, wir nehmen Bezug auf unsere Ablehnung von dem und dem Tage, womit die Sache für den Unterstufungsberechtigten erledigt war. Wenn die Beschränkung so arbeitet, hat sie gar keine Bedeutung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie muß vielmehr jeden Fall erneut unterfragen unter persönlicher Beteiligung des Unterstufungsberechtigten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Erlasse des Ministers haben vielfach nicht genügt; Verordnungen mit Hinweis auf bestimmte Erklärungen in diesen Erläuterungen sind von den Regierungspräsidenten mit dem Vermerk abgewiesen worden, der Pflanzungsbedarf entsprechende endgültig. Es ist ersichtlich, daß jetzt eine solche einfache Abweisung nicht mehr möglich ist, und ich hoffe, daß in Zukunft auch die Regierungspräsidenten, soweit sie selbst als Beschränkung in Frage kommen, diese Sache von einem anderen Gesichtspunkt aus ansehen. In einem Erlaß hat sich der Minister dagegen gewandt, daß die Bedürftigkeit als zu engherzig mit Hinweis auf die Arbeitslosigkeit bezeichnet worden sei. Die Gefahr müßte im allgemeinen gewiß möglich dazu beitragen, den erforderlichen Lebensunterhalt selbst zu erwerben; aber man dürfe nicht außer acht lassen, daß die Ausübung der Arbeitskraft der Ehefrauen nicht selten durch das Vorhandensein von kleinen Kindern, die der mütterlichen Aufsicht nicht entzogen werden können, erschwert werde. In solchen Fällen solle, wenn nicht anderweitige sachgemäße Beschäftigung der Kinder möglich sei, die Unterstufung nicht unter Hinweis auf die Arbeitslosigkeit verweigert werden. Wir können diesen Standpunkt nur unterstützen. Es geht nicht an, die Frauen, die Kinder zu versorgen haben, unter allen Umständen zur Arbeit außerhalb zu nötigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere in dieser Hinsicht an die Debatte, die wir in den letzten Tagen über die Volksgesundheit und über die Veranlassung der Jugend gepflogen haben. Der Minister hat in der Kommission gesagt, wenn Beförderungsbescheide an ihn herantraten, würde er für Abhilfe sorgen. Ich betone diese Behauptung besonders, weil es notwendig ist, daß auch im Ministerium diese Fälle bekannt werden, in denen nicht nach den Intentionen des Ministers gehandelt worden ist. In Bezug auf die Prüfung der Bedürftigkeit ist auch angeordnet worden, daß ein angemessener Lebensunterhalt für die Zurückgebliebenen der Kriegsteilnehmer erreicht werden soll. Dazu reichen die Mindestsätze der Bundesratsverordnung nicht aus. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist daher unumgänglich, daß es heute noch Pflanzungsverbände gibt, die Beihilfen aus ihren Mitteln nicht zahlen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist das auch außerordentlich wichtig! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten); denn es werden später um so höhere Kosten in Krankheitsfällen usw. zu zahlen haben. Die Gemeinden haben ein Drittel bei der Kriegsunterstützungen zu tragen. Deshalb sind sie wohl in der Lage, Beihilfen zu dem Mindestsatz zu gewähren. Generelle Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, namentlich in der Textilindustrie, würde zur Verabreichung der Unterstützung beitragen. Eine Unterstufung der Arbeitslosen hebt auch den Mut der Kämpfer an der Front. . . .

Weiter wird ein Antrag angenommen, der die Regierung ersucht, nachstehenden Vorschlägen, deren Betrieb durch militärische Maßnahmen ganz oder teilweise stillgelegt wurde, Hilfe zu leisten. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes zur Förderung der Kriegswohlfahrt. . . .

Darin werden zum Zwecke der Gewinnung von Zwischengeld bei der Errichtung von Rentengütern 100 Millionen Mark gefordert. Die Beratung wird verbunden mit der Beratung über den Antrag Fuhrmann (Nat.) betr. Anhebung von Kriegsverletzten und Verwundeten der Grundbesitzbesitzer in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten. Dazu liegt ein Antrag der Polen vor, wonach bei der Errichtung von Rentengütern Bedenken aus dem Militärsicherheitsstandpunkt, der Abkündigung, der Militärproben oder der politischen Betätigung des Rentengüterinhabers nicht herangezogen werden. . . .

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schönerer bezieht sich gegenüber dem Antrag der Polen auf Regierungserklärungen vom Februar 1915 und 1916, laut denen die Polenpolitik den veränderten Verhältnissen angepaßt werden soll. Er läßt sich: Wie bekannt, ist im Reich ein Gesetzentwurf vorbereitet, der den Kriegsbeschädigten die Möglichkeit bietet, sich mit Hilfe der Kapitalisierung eines Teils ihrer Militärrenten anzusehen. Der Entwurf macht keinerlei Unterscheid zwischen Kriegsbeschädigten deutscher oder polnischer Herkunft. Darüber, in welcher Weise polnische Kriegs-

beschädigten die Wohlfahrt des Reiches nutzbar zu machen sein werden, sind Besprechungen im Gange, die, wie ich hoffe, zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden. Jedenfalls muß den polnischen Kriegsbeschädigten auch die Möglichkeit gegeben werden, sich innerhalb ihrer Heimatverhältnisse anzusehen. Doch dabei die Interessen der deutschen Ansetzungen gegen einer planmäßigen Befriedung von polnischer Seite gewahrt bleiben müssen, wird auch von den Vertretern der Polen nicht verkannt werden. Auf die allgemeine Frage der Polenpolitik einzugehen, bietet der vorliegende Entwurf keine Veranlassung. Er enthält keinerlei Bestimmungen, die diese Frage berühren, sondern hat lediglich wirtschaftliche Bedeutung. Ausschließlich wirtschaftliche Bedürfnisse, insbesondere Rentengüterbestrebungen in den östlichen Provinzen, namentlich in Moorgebieten, haben seine Einbringung veranlaßt. Es hat sich wesentlich um die Wiederherstellung der im zweiten Teile des früheren Entwurfs eines Grundbesitzgesetzes vorgeschlagenen Bestimmungen, denen ein politischer Charakter bei den damaligen Verhandlungen von keiner Seite beigegeben wurde, gehandelt. Es kann daher im Interesse eines baldigen Zustandekommens des Gesetzes nur dringend empfohlen werden, die Frage der zukünftigen Polenpolitik bei den Verhandlungen über den vorliegenden Entwurf auszuscheiden. Da der Antrag der Polenpartei sich auf einem Gebiet bewegt, das mit der Frage der Reorientierung der Polenpolitik nach dem Kriege in engem Zusammenhang steht, kann ich das Haus nur bitten, diesem Antrag, zurzeit jedenfalls, die Zustimmung zu verweigern. . . .

Abg. Frhr. v. Schöner (Nat.) nimmt namens seiner Partei der Regierungserklärung zu. In eine Erörterung des Gesetzesentwurfes einzutreten lehnen wir schon aus dem formalen Grunde ab, daß in der Kriegszeit Verhandlungen bestehender Gesetze ohne Not nicht vorzunehmen sind. Die Rentengüterbesitzer sind eifrige Freunde und Förderer der inneren Kolonisation. Diesen Standpunkt wiederholt zu begründen, wozu ist unsere Zeit wahrhaftig nicht geeignet. Wiederholungen wollen wir nur hören von so erscheinlichen Nachrichten über U-Bootverluste wie wir sie heute vernommen haben, in denen ich ein gutes Vorzeichen für den morgen beginnenden Kampf gegen die gewalttätigen Handelschiffe erblicke. (Wohlfahrt! Beifall.) . . .

Abg. Stuckenholz (Sop.): Nach der Erklärung des Ministers mit dem besondern Vorbehalt zugunsten der deutschen Ansetzung müssen wir befürchten, daß die sogenannte Reorientierung in der Polenpolitik der Regierung nichts anderes bedeutet, als die Aufrechterhaltung des alten Status. Die Notwendigkeit der Annahme unseres Antrages ergibt sich aus der Interpretation, die die General-Kommissionen dem Rentengütergesetz von 1890 gegeben haben. Nach dem Gesetz ist der Antrag auf Bildung eines Rentengutes zurückzuweisen, wenn der Gründung rechtliche und tatsächliche Bedenken entgegenstehen, und seit 1890 wird ein solches Bedenken darin gefunden, daß der Rentengüternehmer politischer Nationalität ist. Seitdem ist keinem Polen mehr ein Rentengut gegeben worden und dieses angeblich humanitäre Gesetz hat sich zu einem Ausnahmengesetz gegen Polen umgewandelt. Wenn weitere 100 Millionen für Zwischengeld hergegeben werden sollen, müssen wir erörtern, daß die polnische Bevölkerung von den Wohlfahrt dieses Gesetzes nicht ausgeschlossen wird. Daß das entgegenstehende gesetzliche Hindernis beseitigt wird, das bedingt unser Antrag. Rentengüter von Oldenburg hat eine Verordnung erlassen, wonach in Polen Rechtschäfte betreffend die Übertragung von Grundbesitz verboten und nichtig sind, ähnlich das Generalgouvernement von Warschau. In den beteiligten Landesstellen besteht Unzufriedenheit über diese Verordnung, weil es heißt, daß sie bis nach Friedensschluss aufrecht erhalten werden soll, damit die dann zu erwartende Verdrängung der deutschen Ansetzungen zu kommen. (Hört! Hört! bei den Polen.) Deswegen können die Polen nicht für den Antrag Fuhrmann stimmen, der Grundbesitzbesitzer in Polen verhindert wird. . . .

Abg. Braun (Nat.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu dem Gesetzesentwurf und dem Antrag Fuhrmann, sowie dem Antrag der Polen. . . .

Abg. Fuhrmann (Nat.) tritt für energische Fortführung der inneren Kolonisation ein und zieht den zweiten Teil seines Antrages betreffend Verdrängung der Grundbesitzbesitzer zurück, mit Rücksicht darauf, daß in den Resolutionen der Kommission die Forderung enthalten ist. . . .

Abg. Braun (Sop.): Wir bringen allen Volkseigenen Samtpolste entgegen, die darauf hinarbeiten, den Kriegsinvaliden ihr Fortkommen zu ermöglichen. Wir betrachten dies als eine Ehrenpflicht des Staates. Ob dies nun am besten in der Form der Ansetzung geschieht, das will ich hier unentschieden lassen. Manche Anwalde wird die Möglichkeit, eine kleine Landwirtschaft zu betreiben, einer Erleichterung vorziehen, die ihn in eine Kellerrwohnung in der Stadt bannt. Aber man darf nicht vergessen, daß gerade für die landwirtschaftlichen Betriebe noch nur Leute in Betracht kommen, die ihre ganze Kraft voll und ganz einbringen können. Deshalb ist bei der Ansetzung von Kriegsinvaliden größte Beachtung geboten. Wir müssen verlangen, daß bei der Anwendung des Gesetzes alle politischen Gesichtspunkte zurückgestellt werden. In der Vergangenheit hat man Staatsbürger politischer Nationalität und Angehörige meiner Partei zurückgestellt. Die Regierung will diese Frage nach dem Kriege prüfen. Sie hat sich also nicht für völkische Gleichberechtigung aller Staatsbürger ausgesprochen. Dieses Versprechen für die Zukunft ist ein unhaltbares Versprechen. . . .

Abg. v. Trampczowski (Sop.) bedauert, daß bei diesem Gesetz den polnischen Kriegsteilnehmern nicht die Gleichberechtigung wie den anderen Staatsbürgern gegeben wird. . . .

Die Debatte schließt. Die Satzungen 1 bis 6 werden angenommen. Die Abstimmung über den Antrag der Polen bleibt ausgesetzt. Es erfolgt Hammelfprung. Für den Antrag werden abgegeben 78 Stimmen, dagegen 99 es haben abgestimmt 167 Abgeordnete. Das Haus ist somit beschlußfähig. Die Sitzung wird abgebrochen. . . .

Nächste Sitzung Donnerstag 11. März: Kleine Stote, Etat der Bauverwaltung, Justizetat. . . .

Kriegsanleihe und Bonifikationen.

Die Frage, ob die Vermittlungsstellen der Kriegsanleihen von der Vergütung, die sie als Entgelt für ihre Dienste bei der Unterbringung der Anleihen erhalten, einen Teil an ihre Zeichner weitergeben dürfen, hat bei der letzten Kriegsanleihe zu Meinungsverschiedenheiten geführt und Bestimmungen hervorgerufen. Es galt bisher allgemein als zulässig, daß nicht nur ein Weitervermittler, sondern auch an große Vermögensverwaltungen ein Teil der Vergütung weitergegeben werden dürfe. War dies bei den gewöhnlichen Friedensanleihen unbedenklich, so ist anlässlich der Kriegsanleihen von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen worden, daß bei einer derartigen allgemeinen Volksanleihe eine verschiedenartige Behandlung der Zeichner zu vermeiden sei und es sich nicht rechtfertigen lasse, den großen Zeichnern günstigere Bedingungen als den kleinen zu gewähren. Die zuständigen Behörden haben die Berechtigung dieser Gründe anerkennen müssen und beschloffen, bei der bevorstehenden vierten Kriegsanleihe den Vermittlungsstellen jede Weitergabe der Vergütung außer an berufsmäßige Vermittler von Effektenanleihen strengstens zu untersagen. Es wird also kein Zeichner, auch nicht der größte, die vierte Kriegsanleihe unter dem amtlich festgesetzten und öffentlich bekanntgemachten Kurse erhalten, eine Anordnung, die ohne jeden Zweifel bei allen billigen denkenden Zeichnern Verständnis und Zustimmung finden wird. . . .

